

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 20. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Mai 2025)

zum Thema:

SEPA-Überweisungsfunktion bei der Bezahlkarte für Asylbewerber als Einfallstor für Missbrauch auch in Berlin?

und **Antwort** vom 30. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Juni 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22629

vom 20.05.2025

über SEPA-Überweisungsfunktion bei der Bezahlkarte für Asylbewerber als Einfallstor für
Missbrauch auch in Berlin?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Laut Presseberichten hat die Bezahlkarte z. B. in Nordrhein-Westfalen große Schwachstellen. Die SEPA-Funktion der Karte eröffne Umgehungsmöglichkeiten bei der Bargeldbeschaffung durch ein eigenes oder ein drittes Konto und ermögliche somit auch Auslandsüberweisungen. Dies konterkariere die eigentliche Intention für die Einführung der Karte. Ziel war es u. a., Zahlungen an die organisierte Kriminalität (z. B. an Schlepperbanden) durch Auslandsüberweisungen zu vermeiden.¹

1. Wird die in Berlin einzuführende Bezahlkarte die SEPA-Überweisungsfunktion und damit diese Missbrauchsmöglichkeiten ebenso beinhalten?

Zu 1.: Die in Berlin einzuführende Bezahlkarte wird entsprechend der gemeinsamen Beschlüsse der Bundesländer auch die Möglichkeit der Nutzung von SEPA-Funktionen (Überweisung und Lastschrift) beinhalten.

¹ Bürgermeister kritisiert Schlupflöcher bei der Bezahlkarte für Migranten, WELT, 15.05.2025,
www.welt.de/politik/deutschland/article256115730/NRW-Buergermeister-kritisiert-Schlupfloecher-bei-der-Bezahlkarte-fuer-Migranten.html

2. Falls ja, was plant der Senat, damit den Vereinbarungen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 7. November 2023 über die Bezahlkarte nicht widersprochen wird?

Zu 2.: Die Auswahl des Produkts „SocialCard“ des Anbieters SecuPay AG als Bezahlkarte für Asylbewerberleistungen erfolgte in einem gemeinsamen Vergabeverfahren mit 13 andern Bundesländern. Diesem Vergabeverfahren liegt ein Beschluss der Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder über ein Modell für die Einführung einer Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards zugrunde, die für den Einsatz einer Bezahlkarte für Asylbewerberleistungen maßgeblich sind. In dem Beschluss wurden Anforderungen an die Ausgestaltung der Bezahlkarte sowie zu berücksichtigende Mindeststandards konsentiert. Die SEPA-Funktionen der Bezahlkarte stehen also in Einklang mit den gemeinsamen Beschlüssen der Bundesländer.

Berlin, den 30. Mai 2025

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung